

Calmer Calwblatt

Nr. 131.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang.

Verlagspreis: In der Stadt mit Zehnerlohn Mk. 12.50 vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 12.50 mit Bestellgeld. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Donnerstag, 9. Juni 1921.

Verlagspreis: In der Stadt mit Zehnerlohn Mk. 12.50 vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 12.50 mit Bestellgeld. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Zur äußeren Lage.

In dem Grade, in dem die Entente ihre Forderungen hinsichtlich der restlosen Entlohnung Deutschlands steigert, wird innerhalb der Ententesstaaten gestärkt und das Bestehen an den Tag gelegt, sich durch Kreuz- und Querbindnisse für die Zukunft zu sichern. Das heißt die Entente dann: Kampf gegen den Militarismus und Einschränkung der Rüstungen. Zur Zeit wird mit Mühe und Behagen zwischen London und Paris herumbekämpft, ob man sich noch enger verbinden soll als bisher, oder ob eine mehr „platonische“ Freundschaft ausreicht. Die englische Presse tut so, als ob man sich mit den Franzosen nicht so sehr einlassen sollte, weil — man ihre Zertrümmerungspolitik Deutschland gegenüber nicht mitmachen wolle. Wer die englische Politik kennt, weiß, daß sie von Sentimentalitäten gegenüber anderen Völkern völlig frei ist. Man scheint also in England gewisse Gründe zu haben, um noch der absoluten wirtschaftlichen Festlegung durch die Aufzwingung der finanziellen Lasten und der völligen Entlohnung Deutschlands wenigstens bezüglich des moralischen Drucks etwas zu entlasten. Die Gründe sind denn auch nicht allzu schwer zu finden. England hat mehr denn je außereuropäische Sorgen. Die türkischen Nationalisten predigen offen den Kampf gegen die Engländer im ganzen Orient. Von Kgypten bis an die indische Grenze geht eine scharfe antikoloniale Strömung, die durch die bolschewistische Propaganda noch wirkungsvoll unterstützt wird. In Persien und namentlich in dem recht selbständigen Staate Afghanistan, den die Engländer nach der Niederwerfung der Türkei von Indien aus ohne Erfolg angegriffen hatten, um ihn ebenfalls unter ihre Herrschaft zu bringen, wird scharf gegen England gearbeitet, weil man seine Ausbeutungs- und Unterdrückungsabsichten endlich erkannt hat. Und dazu die offenbare Unterstützung dieser Bestrebungen durch Rußland trotz des russisch-englischen Handelsvertrags. Man muß beachten, daß hier der größte Teil des englischen Kolonialreichs auf dem Spiel steht, denn Kanada und Australien stehen heute ja schon unter amerikanischem Einfluß. Es ist also verständlich, daß England die Kriegsgefahr in Europa, die durch die französisch-polnische Gewaltpolitik gegen Deutschland dauernd aufrechtzuerhalten wird, für seine Interessen wenig zuträglich hält, und daher auch die französische Politik in dieser Richtung bekämpft. Von einer Aufgabe des Bündnisses mit Frankreich kann aber gar keine Rede sein, denn die Gesamtinteressen beider Raubstaaten sind so eng miteinander verflochten, daß das Bündnis nur etwa dann gefährdet wäre, wenn einer der Staaten dadurch in seiner Existenz bedroht würde. Dieser Zeitpunkt kann einmal kommen, aber etwaige Kombinationen auf ihn aufzubauen, müßte heute als Spielerei bezeichnet werden. Die englische Politik hat aber noch einen anderen Grund, sich gegen ein formales festes Bündnis mit Frankreich zu sträuben. Durch die angeblich nur lose „freundschaftliche Verständigung“ mit Rußland und Frankreich vermochte es Deutschland von 1907 bis zum Ausbruch des Krieges vollständig nicht nur hinteres Licht, sondern auch noch an der Nase herumzuführen, weil man sich den Anschein gegeben hatte, als seien keinerlei feste Abmachungen vorhanden. Die englische Politik wird jetzt wiederum zu treiben versucht, wobei auch noch die Frage des Bündnisses mit Japan mitspielt, das man angeblich gegen Amerika und Frankreich zugleich ausspielen will. Tatsächlich ist die englisch-französisch-amerikanische Interessengemeinschaft niemals klarer gewesen als heute, und wird es, wenn nicht eine Veränderung der äußeren Machtverhältnisse eintritt, auch vorläufig bleiben. Alle anderslautenden Erörterungen sind Spiegelschereien zu dem Zweck, den oder jenen „Verbindeten“ zu täuschen und überhaupt die Welt im Unklaren über die Absichten des Raubverbandes zu erhalten. Daß England ebensowenig wie Frankreich Neigung hat, Deutschland gerecht zu werden, ohne daß es dazu gezwungen wird, das zeigt die Behandlung der oberschlesischen Frage. Anstatt den polnischen Auffstand zu unterdrücken, will man jetzt eine „neutrale“ Zone schaffen, und anerkennt dadurch die polnische Mäuerbande als rechtmäßige Kriegspartei. Andererseits aber verbietet man den Deutschen die Selbsthilfe. Nach dem Versailler Vertrag müßte uns Oberschlesien auf Grund des Abstimmungsresultates ganz zugesprochen werden. Aber was kümmert die Entente der Rechtsstandpunkt. Das oberschlesische Kohlengebiet soll unter Ententekontrolle bleiben, und man wird daher schließlich zu dem Beschluß kommen, daß es ähnlich wie das Saargebiet unter die Verwaltung der Entente kommt. Weil die Entente neben der ungeheuerlichen Vergeßlichkeit durch die Friedensbedingungen auch noch hinsichtlich des Friedensvertrags sich jede noch so brutale Rechtsverletzung gegenüber Deutschland erlaubt zu können, deshalb haben wir allen Anlaß zu scharfem Mißtrauen gegenüber allen angeblichen Einstimmungsänderungen, mag es sich nun um die Haltung Englands zur oberschlesischen Frage, mag es sich um die Bereitwilligkeit Frankreichs, Deutschland in den „Völkerbund“ aufzunehmen, handeln, oder aber gar um amerikanische „Freundschafts“-Bezeugungen. Versprechen haben wir uns wahrhaftig schon genug lassen. Die Aufrichtigkeit eines etwaigen

Stimmungsumschwungs irgend eines unserer Feinde dürfen wir uns nicht mehr durch Redensorten à la Wilson vorspiegeln lassen, da werden Bedenke durch Taten notwendig sein. O. S.

Englisches Vermittlungsbestreben zwischen Deutschland und Frankreich?

Manchester, 9. Juni. (Reuter.) Churchill erklärte in einer Rede, die einzige Bürgschaft für einen dauernden Frieden bestehe in einer Erreichung einer Zusammenarbeit zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Churchill sagte: Wir müssen Frankreichs Standpunkt mit einem feindlichen Deutschland jenseits seiner Grenzen begreifen. Frankreich hat von britischer und amerikanischer Seite keine Zusicherung der Hilfe für den Fall erhalten, daß die Ereignisse von 1914 sich wiederholen sollten. Begreifliche Besorgnis hat die französische Politik in eine Bahn geführt, die Meinungsverschiedenheiten zwischen uns hervorgerufen hat. Möge Großbritannien bestrebt sein, die Zwietracht zwischen dem französischen und dem deutschen Volk zu mildern. — Wenn die Engländer vermitteln wollen, haben sie einen triftigen Grund. Es scheint also etwas nicht richtig zu sein „im Staate Dänemark“.

Manchester, 9. Juni. Nach einer Reuter-Meldung machte Churchill im wesentlichen folgende Ausführungen: Wohin gehen wir in Europa? Hat der große Krieg die Sicherheit eines dauernden Friedens gebracht? Es führt zu nichts, bloß über den Frieden zu reden, wenn wir nicht einen solchen Kurs steuern, daß der Friede von den kämpfenden, leidenden Völkern der Welt tatsächlich vollendet, gesichert und aufrecht erhalten wird. Wenn wir den besorgten oder erregten Völkern der Welt ihren Anteil an der wiederkehrenden Sicherheit nicht geben, ist es nicht gut, sich auf das Papier des Völkerbunds zu verlassen. Wenn wir Europa wieder auf die Füße stellen wollen, gibt es meiner Meinung nach nur einen Weg: es muß aufrichtiger Frieden zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland bestehen. (Beifall.)

Vorläufig kein Eingreifen der Engländer in Kleinasien.

London, 8. Juni (Reuter.) „Bestminster Gazette“ erfährt von einem hohen Beamten im Auswärtigen Amt, daß die Lage im nahen Osten seit dem Abschluß der griechischen Offenbarung zwar nicht frei von Beunruhigung sei, daß aber die gegenwärtigen Umstände keine Veranlassung geben, die Frage eines Eingreifens englischer Streitkräfte aufzuwerfen. — Das ist lediglich eine beruhigende Spielerei.

Die dauernde Hinausschiebung der Demobilisation in Frankreich.

Paris, 9. Juni. Die Heereskommission im Senat hörte gestern den Bericht des Kriegsministers Bachou. Er bekräftigte die Erklärung, die er kürzlich über die Entlassung des Jahrganges 1919 gemacht hatte. Die Entlassung könne, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, am Ende dieses Monats vorgenommen werden.

Ein südbalkanisches rumänisches Militärbündnis.

Belgrad, 9. Juni. Pastsich und Tala Jonecu haben gestern ein Übereinkommen unterzeichnet, durch das der durch die Friedensverträge von Trianon und Neuilly geschaffene Zustand garantiert wird. — Bekanntlich haben die Rumänen und Südslawen auch mit den Polen und Tschechen Bündnisverträge, um so als kleine Entente den Raub aus dem Weltkrieg zu sichern, gleichzeitig aber die große Entente zu unerfüllen.

Zur Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Genf, 8. Juni. Die Entschließung der Union der Völkerbündnisse zu Gunsten der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund hat folgenden endgültigen Wortlaut: Im Interesse eines wahren Friedens und des Zusammenarbeitens der Völker spricht der Kongreß den Wunsch aus, daß Deutschland so bald wie möglich gemäß Artikel 1 des Pacts in den Völkerbund aufgenommen werden möge.

Immer noch die Friedensschlußfrage in Amerika.

London, 8. Juni. Die „Times“ melden aus Washington, daß am Donnerstag und Freitag im amerikanischen Repräsentantenhaus die Erörterung über die Entschließung, durch die der Friedenszustand mit Deutschland erklärt wird, stattfinden werde.

Reuter meldet aus Washington, daß die Entschließung Porter nur die Beendigung des Kriegszustandes vorseht.

Keine Zurückziehung der amerikanischen Besatzungstruppen.

Paris, 8. Juni. Nach einem Kabeltelegramm der „Chicago Tribune“ aus Washington sagte der Kriegsminister Weeks bei Beratung der Heeresvorlage im Repräsentantenhaus, es spreche nichts dafür, daß die amerikanischen Truppen, die sich

augenblicklich in Deutschland befinden, in naher Zukunft in die Heimat zurückkehren würden.

Zusammenziehung der amerikanischen Flotte im stillen Ozean.

Berlin, 8. Juni. Aus Washington wird gemeldet: Der diplomatische Mitarbeiter der „Chicago Tribune“ in Washington kündigt bevorstehende bedeutende Änderungen der Marinepolitik der Vereinigten Staaten an. Wie er mitteilt, besteht die Absicht, den Hauptteil der amerikanischen Marine, namentlich die großen Kampfschiffe, an der pazifischen Küste zu stationieren u. an der atlantischen Küste nur kleine Einheiten zu belassen. Die beabsichtigte Konzentration einer gewaltigen amerikanischen Flotte in den pazifischen Gewässern sei keine Bedrohung Japans, sondern eine durch Gründe veranlaßte militärischer und wirtschaftlicher Strategie eingeleitete Maßnahme. — Die Bedrohung Japans ist aber offensichtlich. Ganz famos zu dieser aggressiven Haltung Amerikas paßt dann wiederum folgende echt angelsächsische Gebärde:

Genf, 8. Juni. Havas meldet aus Paris: Der amerikanische Botschafter überreichte am Montag der Regierung eine Einladung zu unverbindlichen Besprechungen, die der Einsetzung eines Weltfriedensgerichtshofs, unabhängig vom Völkerbund, dienen sollen. Die Botschafter in London und Rom sollen gleiche Einladungen den dortigen Regierungen übergeben haben.

Zur Lage in Oberschlesien.

Fortdauer der polnischen Gewalttaten.

Katibor, 8. Juni. Nachdem seit Samstag die Vorstadt Plania unter polnischem Artilleriefeuer gelegen hatte, richteten die Insurgenten morgens von 4 Uhr eine Anzahl 7,5 Zentimeter-Granaten gegen das Innere der Stadt.

Katibor, 8. Juni. Ueber den Feuerüberfall der polnischen Insurgenten wird weiter gemeldet: Früh gegen 4 Uhr unternahm die Polen einen heftigen Feuerüberfall auf den Vorort Planis, wobei sie vorzugehen versuchten. Sie wurden jedoch durch schweres und leichtes Maschinengewehr- und durch Gewehrfeuer zurückgetrieben. Darauf belegten sie die Stadt und hauptsächlich die über die Oder führende Bernert-Brücke und die Schloßbrücke mit Granaten und Minen, richteten aber keinen nennenswerten Schaden an. Auf der Oderstraße durchschlug eine Granate das Dach eines Hauses, ohne jedoch zu freieren. In der Stadt wurden Gewehrgehäuse aufgefunden, die deutlich als Explosionsgehäuse und zu Dum-Dum-Geschossen umgeänderte Kugeln österreichischer Herkunft zu erkennen waren. In den letzten Tagen wurden von einer verirrten Kugel zehn Personen verwundet, darunter ein italienischer Soldat schwer.

Berlin, 8. Juni. Mit Ausnahme einiger örtlicher Kampfhandlungen herrschte heute im allgemeinen an der von den polnischen Banden besetzten Linie Ruhe. Starke Feuerbetätigung bei Wiszota. Angriffe der Insurgenten gegen den Güterbahnhof Kandrzin scheiterten. Die Stadt Katibor wurde heute morgen von polnischer Artillerie beschossen. Von den Wärgern der Stadt wurde einer getötet, mehrere wurden verwundet.

Berlin, 9. Juni. Der oberschlesische Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“ berichtet über grauenhafte Verwüstungen der polnischen Insurgenten in der Stadt Kandrzin. Die Polen haben besonders in den Beamten- und Arbeiterhäusern alles vollkommen zerstört, verwüstet, zertrümmert und beschmutzt. Auch in dem Schloß des Prinzen Hohenlohe-Dehringen ist alles Inventar zerstört worden. Die evangelische Kirche in Kandrzin ist durch polnische Granatfeuer zerstört worden.

Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Oppeln meldet, hat die Behörde der polnischen Aufständischen eine Verfügung über die Angliederung des auf dem rechten Oderufer liegenden Teils des Kreises Katibor an den Kreis Rybnik und des auf demselben Oderufer liegenden Teils des Kreises Rosel an den Kreis Gleiwitz erlassen.

Oppeln, 9. Juni. Gemäß Verfügung der polnischen Aufständischen Behörde wird die Genehmigung zur Ausfuhr von Kohlen, Koks und Brekett in das Ausland (d. h. alle nicht oberschlesischen Gebiete), fernerhin von dem Ausschuss für Handel und Industrie beim obersten Kommando der Aufständischen in Oberschlesien erteilt. Die bisherige Kohlensteuer gemäß Reichsgesetz vom 24. März 1919 muß an die Zentrale der Industriebank in Myslowitz auf Rechnung des höchsten Kommandos in Oberschlesien vor dem 1. und 15. jeden Monats eingezahlt werden. Diese Maßnahme der Aufständischen richtet sich unmittelbar gegen die Interalliierte Kommission. Seit der letzten Befehlsfindung sind nämlich alle Steuern an die Regierungskassenscheine in Oppeln abzuführen, von der die Aufständischen für die innere Verwaltung Oberschlesiens bestreiten werden, während der Rest, der nach den Ausgaben für die Interalliierte Kommission verbleibt, aufgespeichert wird. — Und das alles unter den Augen der Entente.

General Höfer über die Haltung des deutschen Selbstschutzes.

Berlin, 9. Juni. Der Führer des ober-schlesischen Selbstschutzes, Generalleutnant Höfer, erklärte im Verlauf einer Unterredung mit Pressevertretern, daß er die Besetzung von Gleiwitz durch die Engländer für den Anfang der Säuberungsaktion halte. Sollten die alliierten Truppen für die energische Säuberung des Industriegebietes nicht ausreichen, so sei der Selbstschutz bereit, sich dem interalliierten Befehl unterzuordnen und jede ihm übergebene Aufgabe restlos loyal durchzuführen. General Höfer betonte, daß er mit offenen Karten spiele. Er habe seine sämtlichen Stellungen und Pläne dem englischen Oberbefehlshaber übergeben. Zum Schluß seiner Ausführungen hob General Höfer hervor, daß der Selbstschutz keine parteipolitische Führung trage. Er sei lediglich dazu da, die ober-schlesische Heimat vor dem Einfall der Polen zu schützen, solange die Interalliierte Kommission nicht die Macht habe, dies selbst zu tun.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Entente.

Paris, 8. Juni. Das „Journal des Debats“ schreibt über die Lage in Ober-schlesien, es sei möglich, daß britischerseits die Absicht bestehe, die sofortige Entwaffnung der polnischen Aufständischen zu erzwingen. Das sei eine Operation, die Schwierigkeiten bereiten könne, jedoch sei sicher, daß beiderseits die Absicht bestehe, der Interalliierten Kommission im Volksabstimmungsgebiet ihre vollkommene Autorität gegen Polen und Deutsche wieder zu geben. Die Ankunft von Sir Harold Stuart scheint übrigens das Einverständnis zwischen den alliierten Oberkommissaren zu erleichtern. Es mache den Eindruck, daß Sir Harold nicht genau die Haltung von Oberst Percival einnehmen und sich bemühen werde, mit seinen alliierten Kollegen zusammenzuarbeiten. Freilich könne noch manche Schwierigkeit entstehen, denn trotz allem hätten die Kabinette noch kein gemeinsames Programm und die widersprechenden Ansichten beständen fort. — Man sieht aus der Nachricht das deutliche Bestreben Frankreichs, England für seine Pläne zu gewinnen.

Polnische Propaganda für Ober-schlesien.

Breslau, 9. Juni. Wie die Warschauer „Niezapobita“ mitteilt, sollen sich in der ober-schlesischen Angelegenheit polnische Sonderabmachungen nach den Hauptstädten der Entente und zum Heiligen Stuhl begeben.

Die wirtschaftliche Abschürfung des Rheinlands.

Frankfurt a. M., 8. Juni. Frankreich hat auf dem Wege zur politischen und wirtschaftlichen Abschürfung des Rheinlands von Deutschland wieder eine große Stufe zurückgelegt. Die durch die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen am Rhein herbeigeführte katastrophale Lage der Rheinindustrie wird jetzt von den französischen Industriellen benutzt, um dem französischen Kapital einen immer größeren Einfluß im Rheinland zu sichern. Das beweist eine in Metz abgehaltene Konferenz französischer Bankdirektoren und Industrieller, in der über eine weitere Beteiligung des französischen Kapitals an der Industrie des besetzten Rheinlands beraten wurde. Es wurde betont, daß eine solche Beteiligung von den in Betracht kommenden französischen Ministerien in letzter Zeit wiederholt gewünscht wurde. Die französische Regierung halte zwar direkt keine Mittel zur Verfügung, erkläre sich aber bereit, diese Pläne anderweitig zu unterstützen. Dieses „anderweitig“ ist aber von jedem Kenner der rheinischen Verhältnisse sehr leicht zu durchschauen. Auf dieser Tagung in Metz wurde das französische Kapital direkt auf eine Reihe von Fabriken aufmerksam gemacht, wo diese Beteiligung am dringendsten notwendig sei. Es handelt sich natürlich vornehmlich um chemische Fabriken. Hand in Hand mit diesen sogenannten Bestrebungen „wirtschaftlicher Durchdringung“ geht momentan die Absicht, das deutsche Spitzmonopol durch Herbeiführung eines französischen Spiritus-Sondermonopols im Rheinland zu durchbrechen. Die Presse des besetzten Gebietes macht energisch darauf aufmerksam, daß das Rheinland ohnehin mit französischem Cognac und Wein überschwemmt wird. An dieser übermäßigen Einfuhr von französischem Wein und Luxuswaren trägt die Aus- und Einfuhrbewilligungsstelle in Bad Ems durch ungenaue Handhabung ihrer Befugnisse einen großen Teil der Schuld. Am 8. Juni dieser von den Alliierten errichteten Stelle hatten sich in letzter Zeit verschiedene Vermittlungsbüros aufgemacht, die sich auf nicht einwandfreie Weise namentlich unter Mitwirkung von Ausschüssen der Alliierten Ein- und Ausfuhrscheine für Luxus- und Schieberwaren zu verschaffen suchten. Dieser Mißwirtschaft ist nun zwar zu einem gewissen Teil durch eine Verfügung der alliierten Rheinlandskommission Einhalt getan worden, jedoch wird die gänzliche Zerrüttung des rheinischen Wirtschaftslebens und der wachsende Einfluß des französischen Kapitals nicht aufzuhalten sein, wenn nicht endlich die Sanktionen fallen. Die Blätter des besetzten Gebietes machen darauf aufmerksam, daß neben diesen wirtschaftlichen Lösungsbestrebungen politische einhergehen. Sie weisen nämlich des Mißtrautes des Reichskommissars v. Starck darauf hin, daß die französischen Militärs überhaupt keinen offiziellen Vertreter der Reichsregierung im besetzten Gebiet sehen wollen und deswegen eine Neubesetzung dieses Postens mit allen Mitteln hintanhalten. Gegen Herrn v. Starck ist sowohl von der französischen als von der sonderbündlerischen Presse eine rege Agitation betrieben worden, obwohl er das Vertrauen aller Bevölkerungsschichten besitzt. So wird auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet intrigiert, um das Rheinland vom Reich loszulösen. Es ist an der Zeit, daß man im besetzten Gebiet endlich energische Gegenmaßnahmen trifft, um die Rheinländer in ihrer unwandelbaren Treue zum Reich zu unterstützen und die französische Propaganda unschädlich zu machen.

Reichswirtschaftsrat. Erklärungen des Reichskanzlers über die ober-schlesische Frage und die Durchführung des Ultimatums.

Berlin, 8. Juni. In der heutigen Sitzung des Reichswirtschaftsrats ergriß vor Eintritt in die Tagesordnung der Reichskanzler Dr. Wirth das Wort und führte aus, daß die außenpolitische Lage durch unser Jamort geklärt sei. Angeklärt sei die Frage der Regelung der Einzelheiten, die aus dem Ultimatum erwachsen. Wir haben in un-

serer auswärtigen Politik dem Gedanken Rechnung getragen, der der Bestreben unserer Politik ist. Auch in der ober-schlesischen Frage haben wir versucht, das Verhältnis der Deutschen zur Interalliierten Kommission und zu den Polen auf dem Boden der Verständigung zu lösen, ohne daß die Waffen im Bürgerkrieg das letzte Wort zu sprechen haben. Wir können uns in der ober-schlesischen Frage von dem Recht, das uns im Friedensvertrag von Versailles gegeben ist, nicht abbringen lassen. Die ober-schlesische Frage darf nicht durch die Diktatur der polnischen Insurgenten gelöst werden. Die Hauptsache ist, daß wir jetzt nicht die Nerven verlieren, daß die ober-schlesische Frage durch Schiedspruch des Obersten Rats gelöst wird, der nicht an dem Ergebnis der Abstimmung, die überwiegend deutsch war, vorbeigehen kann. (Beifall.) Der Reichskanzler hat ferner den Reichswirtschaftsrat um seine Mitarbeit bei der schwierigen Aufgabe der Durchführung des Ultimatums. Vor allem sei die Frage der Ausfuhrabgabe und die Herausfindung eines neuen Index eine gewaltige Aufgabe für die sachkundigen Beratungen des Reichswirtschaftsrats. Mit Bestimmtheit wollen wir an dieses Problem nicht herangehen, sondern mit Mut und Optimismus. Alle Kreise müssen sich darüber klar sein, daß nicht durch neue Kriege, sondern nur durch Opfer und Leistungen dem Vaterland der Weg zur neuen Freiheit gebahnt werden könne. (Lebhafte Beifall.)

Berlin, 8. Juni. Der Reichskanzler hat in seiner Rede im Reichswirtschaftsrat über die neuen Steuern folgendes ausgeführt: Die Zuder- und die Süßstoffsteuer liegen beim Reichstag; die Branntweinvorlage ist bereits in den Ausschüssen durchgearbeitet und wird dem Reichstag in der nächsten Woche zugehen; die Kapitalverkehrssteuern sind im Finanzministerium fertig und dieses wird ihnen die Vorlage in den nächsten Tagen zur Beurteilung vorlegen. Die Getränkesteuer ist auch vorbereitet. Das gleiche ist der Fall bei der Umsatzsteuer, die auch in wenigen Tagen in der Beratung so weit fortgeschritten ist, daß mit den Ausschüssen Fühlung genommen werden kann. In dieser Frage liegt ein außerordentlich großes Problem, das sich mit der Frage berührt, inwieweit die Ausfuhrabgabe mit dem inneren Umsatz in Verbindung gesetzt werden kann. Ferner werden neue Probleme austauschen im Zusammenhang mit der Kohle und wie weit das Reich genötigt sein wird, die Frage der Goldwerte zu diskutieren.

Der Gesetzentwurf über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat.

Berlin, 8. Juni. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat trat in die Besprechung des Gesetzes über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat ein. Im Ausschuss ist darüber ein Kompromiß zustande gekommen. Hiernach finden auf die in den Aufsichtsrat entsandten Betriebsratsmitgliedern die gesetzlichen Bestimmungen Anwendung, die für die übrigen Aufsichtsratsmitglieder gelten. Die Beratung wird morgen fortgesetzt.

Ausland.

Projekt der deutschen Pressevertreter in Warschau.

Berlin, 9. Juni. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Warschau haben die dortigen deutschen Pressevertreter dem polnischen Ministerpräsidenten einen schriftlichen Protest gegen die Behandlung der deutschen Berichtserfasser überreicht. Der Protest stellt die völlige Gefährdung der persönlichen Sicherheit fast aller in Warschau tätigen deutschen Pressevertreter durch die polizeilichen Organe und militärischen Stellen fest, weist auf die wiederholt in der polnischen Presse erhobene Forderung einer Massenarrestierung der deutschen Zeitungsvertreter hin und hofft, daß der Ministerpräsident den Pressevertretern seinen Schutz angezeihen lassen werde.

Der Kommunistenführer Levin verhaftet.

Berlin, 9. Juni. Einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ zufolge wurde in einer Wiener Pension der Kommunistenführer Max Levin aus Bayern verhaftet. Levin hat sich in Wien unter dem Namen eines Dr. Seidler aufgehalten.

Angeblliche irische Untaten in London.

London, 8. Juni. (Reuter.) In der vergangenen Nacht wurden in der nördlichen, westlichen und südlichen Umgebung von London — vermutlich von Sinn Feinern — über 200 Telegraphen- und Telephondrähte durchschnitten, um London vom Drahtverkehr abzuschneiden. In einer der Vorstädte von Liverpool wurden sieben Mann verhaftet, die beim Durchschneiden von Drähten betroffen wurden. — Die Beschuldigungen der Sinn Feiner durch die Engländer müssen recht vorläufig aufgenommen werden.

Einklein in London.

London, 9. Juni. Wie die Mäcker melden, wird Dr. Ecker gestern aus den Vereinigten Staaten in Liverpool eingetroffen. Professor Ecker am Freitag mit Lloyd George und dem Erzbischof von Canterbury zusammentreffen und darauf eine Vorlesung halten, bei der Lord Haldane den Vorsitz führen wird.

Deutschland.

Einbruch in einem Bureau der interalliierten Kommission in Berlin.

Berlin, 8. Juni. In dem photographischen Atelier der interalliierten Kontrollkommission wurde in der Zeit vom Samstag bis Montag eingebrochen und für über 100 000 Mark Objektivs und photographische Artikel entwendet. Die Täter und der Verbleib der Beute sind bisher nicht ermittelt.

Fortdauer des Streiks im Waldburger Kohlenbezirk.

Waldburg, 8. Juni. Der Ausstand im Waldburger Bergrevier, der von der Streikleitung als beendet bezeichnet worden war, hat dadurch eine Verschärfung erfahren, daß die radikalen Elemente beschloffen haben, weiter zu streiken und die Massen sich den kommunistischen Führern angeschlossen haben. Demonstrationen und Versammlungen wurden veranstaltet. Zu Ausschreitungen ist es nicht gekommen.

Kongress für den Wiederaufbau Rußlands.

München, 7. Juni. In den letzten Tagen fand, wie wir der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen, in Reichenhall ein Kongress zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands statt, der von hervorragenden russischen Emigranten aus den verschiedenen Ländern Europas, aus dem fernen Osten und Amerika besucht war. Unter den Teilnehmern befanden sich zahlreiche bekannte Politiker, Millärs und Geistliche des alten Rußlands, so der frühere Dumaabgeordnete Markow, der ehemalige Polizeiminister Trepow, der Altman der Donkosaken Graf Grappe, der Kommandeur der Weißen Armee im fernen Osten General Sacharow, der Metropolit von Klein Asien, der frühere Vizepräsident der Reichsduma Fürst Wolkoff, der Vizepräsident Baron Tarab, der ehemalige Dumaabgeordnete Zernowost und Skropanski, sowie der frühere Adelsmarschall Krupnik, der das Präsidium des Kongresses führte. Der Kongress fand unter strengem Ausschluß der Öffentlichkeit statt. In einer Besprechung mit deutschen Pressevertretern teilte der Leiter des Präsidiums des Kongresses Nefimowitsch, Vorsitzender der russischen nationaldemokratischen Bauernpartei, mit: Ueber die Tendenz des Kongresses seien in den Zeitungen aller Länder ictige Auffassungen verbreitet. Es handelte sich nicht um eine Versammlung russischer Reaktionen, sondern es seien auch Leute vertreten, die wie Herr Nefimowitsch selbst, mit der Revolution gegangen seien. Der Kongress gelte dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands, ohne den kein staatlicher Wiederaufbau möglich sei. Der Gedanke, daß die Aufgaben des russischen Wiederaufbaues mit den wirtschaftlichen Aufgaben Deutschlands parallel gingen, habe zur Einberufung der Versammlung nach Reichenhall geführt. Was nach dem bevorstehenden Zusammenbruch des Bolschewismus in Rußland kommen werde, könne man heute noch nicht wissen. Es herrsche aber die Ueberzeugung vor, daß, wenn nicht die organisierte Monarchie komme, das System des Terzars durch die Anarchie abgelöst werde. Die Monarchie sei auch die einzige Möglichkeit, Juden und Fremdländer vor Pogromen und Massakern zu schützen. Das geeinigte Rußland werde die Autonomie der Mandatsstaaten garantieren. Es solle Bayern nicht vergessen werden, daß es die erste Zusammenkunft russischer Balthoten ermöglicht hätte. Diese Ausführungen wurden durch den ehemaligen Pressedirektor der früheren sibirischen Regierung Wrangel Komarowitsch Datschenko ergänzt. Es gebe keine schlimmere Reaktion als den Bolschewismus, dessen System zusammenbrechen werde. Der Kongress habe ein Programm vorbereitet, das nach dem Einleit dieses Ereignisses verwirklicht werden solle. Rußland könne nur aufgebaut werden durch den Ueberfluß an intellektuellen und technischen Kräften, die Deutschland besitze. Darum müsse der Strom der deutschen Auswanderung nach Rußland gelenkt werden. Die Auswanderer dürfe nicht vom großkapitalistischen Standpunkt aus betrachtet werden, sondern nur im Interesse der russischen und deutschen Arbeiter. Auch die deutschen Gewerkschaften müßten herangezogen werden. Die Vorbereitung dieser Pläne sei Zweck und Ziel der soeben gegründeten Vereinigung „Aufbau“. — Wie den „Münchener Nachrichten“ aus Reichenhall gemeldet wird, hat der frühere Dumaabgeordnete Markow auf dem Kongress den Verfall der Verträge als eine Nichtswürdigkeit und ein Schanddokument bezeichnet, das vom zukünftigen nationalen und monarchistischen Rußland niemals Anerkennung finden werde. „Der Verfall der Verträge“, so hat Markow unter gewaltigem Beifallsturm ausgerufen, hat Rußland verkauft!“

Die Wohnung.

(E. C.) Stuttgart, 6. Juni. Die Ansprache über die Wohnungsfrage (S. 10) ist eine sehr wertvolle Arbeit, die den notwendigen Zusammenhang der bestehenden Gebäude mit der notwendigen Erweiterung der bestehenden Gebäude zeigt. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient.

Die Wohnung.

(E. C.) Stuttgart, 6. Juni. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient.

Die Wohnung.

(E. C.) Stuttgart, 6. Juni. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient.

Die Wohnung.

(E. C.) Stuttgart, 6. Juni. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient.

Die Wohnung.

(E. C.) Stuttgart, 6. Juni. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient.

Die Wohnung.

(E. C.) Stuttgart, 6. Juni. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient.

Die Wohnung.

(E. C.) Stuttgart, 6. Juni. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient.

Aus C.

Wir weisen unsere Leser auf die in der heutigen Nummer des „Landkreises“ veröffentlichten Artikel über die Wohnungsfrage hin. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient.

Die Wohnung.

(E. C.) Stuttgart, 6. Juni. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient.

Die Wohnung.

(E. C.) Stuttgart, 6. Juni. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient.

Die Wohnung.

(E. C.) Stuttgart, 6. Juni. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient.

Die Wohnung.

(E. C.) Stuttgart, 6. Juni. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient.

Die Wohnung.

(E. C.) Stuttgart, 6. Juni. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient.

Die Wohnung.

(E. C.) Stuttgart, 6. Juni. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient.

Die Wohnung.

(E. C.) Stuttgart, 6. Juni. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient.

Die Wohnung.

(E. C.) Stuttgart, 6. Juni. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der Bevölkerung gleichermaßen verdient.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 9. Juni 1921.

Lichtbildervortrag.

Wir weisen unsere Leser noch einmal auf den heute abend 7 1/2 Uhr im Weich'schen Saale stattfindenden Vortrag hin. Herr Stadtmaler, ein Auslandsdeutscher, wird über seine dreijährige Zivilgesellschaft in Australien und seine Flucht und Heimkehr nach Deutschland berichten. Lichtbilder werden den Vortrag im einzelnen illustrieren.

Hierbe- Vieh- und Schweinemarkt in Calw.

Der gestrige Pferdemarkt war mit 32 Pferden besetzt. Verkauft und gehandelt wurde nur wenig auf dem Markt selbst; der Handel in den Wirtschaften war natürlich nicht zu kontrollieren. Der Viehmarkt war mit 138 Stück Rindvieh besetzt, worunter 2 Farren, 44 Ochsen und Stiere, 64 Kühe und 38 Stück Jungvieh; der Verkauf war teilweise flau. Auf dem Schweinemarkt waren zugeführt 255 Stück Mischschweine, die pro Paar 750 bis 1000 Mark kosteten, und 36 Käufer, von denen das Stück 550 bis 600 Mark kostete. Ein Teil der zugeführten Tiere blieb unverkauft.

Die Dienstzeit der Staatsbeamten.

Das Staatsministerium hat für die Dienstzeit der Staatsbeamten folgende Richtlinien festgesetzt: Jeder Beamte ist verpflichtet, seine volle Arbeitskraft in den Dienst des Staates zu stellen. Er hat die ihm übertragenen Arbeiten rechtzeitig, ohne Rücksicht auf die festgesetzte Dienststundenzahl zu erledigen. Die Dienstzeit beträgt wöchentlich 48 Stunden. Wenn jedoch die dienstlichen Verhältnisse es erfordern, muß vorübergehend auch über diese Zeit hinaus gearbeitet werden, ohne daß hierfür eine besondere Entschädigung gewährt wird. Die Dienstbereitschaft, auch soweit sie in den Dienststunden selbst zu leisten ist, steht der Dienstzeit nicht gleich. Sie ist daher regelmäßig auf eine längere Zeitdauer auszudehnen. Die tägliche Dienstzeit wird, abgesehen von den Samstagen, Gründonnerstag und den Vorlägen vor Reichstags- und Neujahr regelmäßig in Vor- und Nachmittagsdienst geteilt. Ungeteilte Dienstzeit darf nur mit Ermächtigung des zuständigen Ministeriums durchgeführt werden. Dabei kann eine Gehaltspause bis zu einer Dauer von einer halben Stunde stattfinden. Sie darf aber weder an den Beginn noch an den Schluß der Vordienstleistungszeit gelegt werden. Die Teilnahme an Sitzungen, Besprechungen u. a. m. ist der Dienstzeit gleich zu achten. Die 48-stündige Wochenarbeitszeit wird für die Staatsbeamten des ganzen Landes derzeit geregelt, daß sie vom 16. April bis 15. September ist an den ersten fünf Wochentagen von 7-12 Uhr vorm. und 2-5 1/2 Uhr nachm. und vom 16. September bis 15. April von 8-12 Uhr vorm. und 2-6 1/2 Uhr nachm., an Samstagen im Sommerhalbjahr von 7-12 1/2 Uhr, im Winterhalbjahr von 8-1 1/2 Uhr dauert. Das Ministerium kann im Benehmen mit dem Beamtenrat bei besonderen Verhältnissen die Dienstzeit abweichend regeln. Die gleichmäßige Regelung der Dienstzeit der Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten eines Ortes ist anzustreben. Die besonderen Anordnungen über Sonntags- und Bereitschaftsdienst bleiben bestehen. Für die Lehrer werden besondere Vorschriften über die Dienstzeit erlassen.

Die Wohnungsfrage im Finanzausschuß.

(Stuttg.) Stuttgart, 6. Juni. Der Finanzausschuß setzte heute die Aussprache über die Frage des Wohnungsbaus fort. Ein Antrag Siller (V.P.): Alle private, ohne Staatszuschüsse öffentliche Mittel erbaute Wohnungen von jeder Nationalisierung zu befreien und bei bestehenden Gebäuden die zulässige Gesamtkosten auf einen Betrag der notwendigen Reparaturen und laufenden Ausgaben enthaltenden Satz festzusetzen, wurde im ersten Teil nach den Erklärungen des Regierungsvertreters gegenstandslos, da das Ministerium schon nach diesem Grundsatze verfahren ist. Dem zweiten Teil des Antrags kann die Regierung nicht zustimmen, da das Reichsministerium die Regierung behindert. Ein Vertreter der U.S.P. glaubt, daß die Regierung die Wohnungsfrage unterschätze. Durch die Unternehmung würde die Allgemeinheit ausgenutzt werden, deshalb sei eine gemeinwirtschaftliche Bauwirtschaft notwendig. Im sozialistischen Betrieb werde das Bauen verbilligt. Der

Ämliche Bekanntmachungen.

Oberamt Calw.

Auf die im Gewerbeblatt erschienene Bekanntmachung des Landesgewerbeamts Stuttgart vom 31. Mai ds. Js. betreffend Abhaltung von Unterrichtskursen für Buchbinder und Tapezierer werden die beteiligten Kreise hiemit hingewiesen.

Das Gewerbeblatt kann bei den Herren Ortsvorstehern eingesehen werden.

Den 6. Juni 1921.

Oberamtmann G. S.

würde Staat sollte, um den Wohnungsbau zu finanzieren, eine Schuld aufnehmen. Alle die Vorteile des unabhängigen Redners widerlegte beweiskräftig der Minister des Innern. Dem Vorwurf, daß sich die Regierung von kapitalistischen Interessen leiten lasse, fehlte jede Voraussetzung. Die Bestrebungen gingen vielmehr dahin, die private Ausbeutung einzudämmen. Staatliche Regiebetriebe würden sich nicht empfehlen, wären eher noch bei Gemeinden zweckmäßig. Wenn man nicht zur Errichtung einer erheblichen Anzahl von staatlichen Betrieben überginge, würde nichts erreicht. Schon die Steigerung der Frachten bei den zentral angelegten Betrieben würde den zu erwartenden Nutzen größtenteils wieder aufheben. Die Berechnungen auf Grund von Durchschnittszahlen bezüglich der fehlenden Wohnungen hätten nicht einmal Wahrscheinlichkeitswert. Es sei bedauerlich, daß man in Württemberg aus finanziellen Gründen die notwendigen Wohnungen nicht so rasch bauen könne, wie es wünschenswert wäre. Der Vorwurf, die Regierung sei nicht mit dem nötigen Ernst an die Frage herangegangen und sei nicht ernsthaft bei der Reichsregierung vorstellig geworden, kann nach den ausführlichen Darlegungen des Regierungsvertreters nicht aufrecht erhalten werden. Von Württemberg aus wurden energisch die Interessen des Landes in der Wohnungsfrage vertreten. Man ist immer dafür eingetreten, daß die Frage den Ländern zur Behandlung überlassen wird und daß von der Regelung durch Reich und Reichstag abgesehen wird. Bezüglich der vorgeschlagenen Steuern kämen nur zwei Wege in Betracht: entweder verläßt man den Weg einer Sondersteuer überhaupt oder man betritt den Weg einer Zuschlagssteuer zu den bestehenden Steuern. Ein Mehrheitssozialist glaubte, daß noch ein Gesetz notwendig werde, das eine Entlastung der Wohnungsbevölkerung und eine Verminderung der Arbeitslosigkeit herbeiführen müsse. Gegen eine völlige Aufhebung der Zwangsverwaltung bei Neubauten trage er Bedenken, da die Bestehenden sich Baumaterial zu hohen Preisen sichern würden und den Siedlungsbauten vermög der höheren Preise daran mangeln würde. Gegenüber dem Vorschlag des Redners, Ermäßigung von verschiedenen Steuern bei Vorkaufungen einzutreten, wies der Minister des Innern darauf hin, daß der Staat auf der einen Seite auf Staatsentnahmen verzichten solle, während auf der anderen Seite wesentliche Leistungen des Staates und Reiches erlitten würden. Von einem Verzicht auf bisherige Steuerentnahmen könne nur dann die Rede sein, wenn Sicherheiten geschaffen würden, daß die Entlastung der Bauunternehmer auch in den Preisen zum Ausdruck komme. In den breiten Schichten der Bevölkerung sei keine große Lust zur Zeichnung von Obligationen, die zum Wohnungsbau ausgegeben würden. Der Landesrat dürfe nicht in allzu großem Maße in Anspruch genommen werden, so daß die Staat genötigt sei, in einer Anleihe wiederum an das Land heranzutreten. Nach weiteren Ausführungen eines demokratischen Redners wurde abgebrochen. — Nächste Sitzung Mittwoch vormittag.

(Stuttg.) Württemberg, 8. Juni. Zurzeit finden zwischen Stuttgart und dem Seminar Versuche mit drahtloser Telephonie statt, die zu guten Resultaten geführt haben. Der Zeitsignaldienst des Seminars funktioniert seit Monaten ohne jede Störung. Damit diese Einrichtung auch der Allgemeinheit zugute kommt und jeder Bürger täglich seine Uhr genau einstellen kann, gibt das Seminar jeden Tag punkt 1 Uhr beim Eintreffen des Zeitsignals von Rauen ein kurzes Glockenzeichen.

(Stuttg.) Stuttgart, 8. Juni. Das städtische Nachrichtenamt teilt mit: Wegen Verfalls des staatlichen Landeswasserzulei-

tung muß das mit Landeswasser versorgte Stadtgebiet von heute ab bis auf weiteres mit filtriertem Redarwasser gespeist werden.

Mutmaßliches Wetter am Freitag und Samstag.

Aus Westen kommt eine neue Störung. Am Freitag und Samstag ist heißes und gemütriges Wetter zu erwarten.

Bom Calwer Friedhof.

Noch nachträglich ein Wort zu der unter XIX veröffentlichten lat. Grabchrift, deren Uebersetzung und weitere Ausdeutung ich Herrn Archivar Wehring in Stuttgart verdanke.

Die Inschrift ist nach Inhalt wie Stil so merkwürdig, daß es von Interesse wäre, noch mehr über den Magister Zahn zu erfahren; vielleicht sind noch in einer Familie Aufzeichnungen oder Uebersetzungen vorhanden, um deren Uebersetzung ich bitten möchte. Das „DOMS“ als Ueberschrift ist der antiken Sprache entlehnt und heißt: „Deo Optimo Maximo Salutem“ zu deutsch: Ehre dem besten höchsten Gott. Tafelinschrift: In der Hoffnung auf die erwünschte Auferstehung ruht in diesem Alter, der dem dreieinigen Gott geweiht ist, die Seele des Moses Zahn, geb. in Calw am 24. April 1675, gestorben das. am 28. März 1739, eines Abends schüben, in eines Entschlusses in der lebendigen frommen, allein wahren und heilsbringenden Erkenntnis Jesu Christi, (dem Merkmal?) des Christentums und dem Einen, was not ist — in Wahrheit eines unwissenden Menschen. Du folgst ihm, Leser, (a) auf dem Weg der Natur, und damit du ihm folgst, (b) zur Herrlichkeit — nimm du nämlich klug dich, folge (c) durch die Gnade. (Diese Inschrift) hat sich selbst geschaut und damit seines Herzens Innerstes der Nachwelt ausgelegt ein Mann, den alle Guten vermessen, Magister Moses Zahn, der Kirche in Calw und Umgebung durch 12 Jahre getreuer Pfarrer und Superintendent, zugleich mit seiner teueren Gattin Maria Dorothea, Tochter des Bürgermeisters Joh. Jak. Schill, einer ehrwürdigen Matrone, geboren am 18. Juni 1677, gestorben am 19. Mai 1741, hier bei den Ueberresten seiner seligen Eltern und Vorfahren begraben. Beiden: Luciae 12, 11-18, Hebr. 4, 9. Auf dem Sockel: Sieh, daß ich hier Alles nur achte für Noth, und Jesum gewinne/finde dies eine ist Noth. In den Stuttgarter Archiven ist über den Mann, der sich den Stolz des Philosophen, „ich weiß, daß ich nichts weiß“, zu eigen gemacht hat, leider nichts zu finden, außer den Einträgen im Examenbuch des Stuttg. Konvikts. Dort findet sich folgendes: M. Moses Zahn Calw Joh. Georg Zahn mercat. ib. fil. n. 1675, rec. 1692, Magister 1694 (mit 19 Jahren!) hat mediocriter (mittelmäßig) gepredigt & respondit. Hat den 15. Dez. 1699 sein praktisches Dispositio und moderate, intelligibilibi kamen voce (sein praktisch, wohl geordnet & gemäßig, jedoch mit geschwehrt Act) gepredigt, wocauf er auf das Diaconat Heydenheim konfirmiert worden. Den 23. Jan. 1711 predigte er auf gleiche Weise über Rom. 12. 11 erbaulich, respondete garwohl, wurde gnädigst konfirmiert auf die Pfarrstelle der Stadt. Den 10. Febr. anno 1719 predigte er auf die Pfarrstelle Babelstein mit guter Disposition und Annehmlichkeit, respondierte auch erudit (geschickt) und wurde auf diese Pfarre konfirmiert. Hat den 25. April 1727 nach dem Vorschlag des fürstl. Konvikts von Serenissimo das Specialat Calw erhalten, und ist darauf nach dem Hof wohl abgelegter Predigt über 1. Joh. 5, 6 auch gegebener guter satisfaction in seinen Responsonibus in absentia D. Directoris von Stiftsprediger Trifflin konfirmiert worden. Noch sei bemerkt, daß dieses Ehepaar Zahn 2 Kinder hatte, eine Tochter Sofie, die sich 1731 mit Joh. Jak. Dörtenbach, Kaufmann in Calw verheiratete, und einen Sohn Christof Friedrich, geb. 6. Jan. 1714, Pfarrer in Aiblingen. Dessen Tochter Katharina Dorothea hat sich 1759 mit Christian Martin Schill, Kompagnieverwandten in Calw verheiratet.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw, Druck und Verlag der H. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Sendet deutsche Zeitungen in's Ausland!

„Der Erzherzog? Nun, wenn das ist — aber wie wollt Ihr nach Frankfurt kommen, durch das Franzosengewühl auf allen Straßen, die dahin führen?“

„Ich denk', ich werd's möglich machen; ich muß eben! Anderes führt Ihr die Leute — wollt Ihr, Krippauer?“

„Ob ich will? Fragt lieber, ob ich kann? Sie werden nicht auf mich hören!“

„Sie sollen auf Euch hören, ich werd's schon machen.“

„Da bin ich begierig, wie Ihr's machen wollt, daß die Respekt vor dem Krippauer bekommen!“

„Hört nur, tretet neben mich ans Feuer.“

Wilderich trat neben dem Krippauer in die Runde der Gelagerten und rief: „Ihr, ihr Leute hier, seid ruhig, hört mich an!“

„Still, der Kommandant will reden, er wird uns sagen, ob wir sie an die Kette legen oder abtun sollen, wie die Franzosen“, schrie lachend der Krepssacher.

„Ich muß“, hob Wilderich an, „ich muß euch verlassen, brave Freunde! Ihr seid mir gefolgt, habt mir gehorcht und gute Mannszucht gehalten. Dafür dank' ich euch. Jetzt muß ich euch verlassen, weil ich von dem Erzherzog und Reichsfeldmarschall einen Brief bekommen habe, den ich nach Frankfurt bringen muß.“

Ein unwilliges Gemurmel erhob sich, durch das des Schulmeisters Ruf vernehmbar wurde: „So haben wir nicht gewettet, Förster Buchrodt. Nichts da von Weggehen! Ihr dürft von der Kompagnie nicht desertieren, Hauptmann!“

„Ich desertiere auch nicht, ich nehme nur Urlaub, und unterdes laß ich euch einen Leutnant. Dazu hab' ich den Krippauer erwählt, denn er ist ein waderer Mann, stark wie zehn und“ in seiner Jugend auch eine Weile Soldat gewesen bei den Hohenloheschen! Wollt ihr ihm folgen wie mir?“

(Fortsetzung folgt.)

Der Kampf im Speffart.

Erzählung von Levin Schüding.

Und das Herz ging den Männern auf, als sie den Jourgon sähnen und seinen Inhalt plündern. Brot und Würste, Geländes, kaltes Geflügel, Pasteten, Kuchen, Flaschenkörbe mit Weinbotteln, genug wurde aus dem Innern herausgelangt, um die ganze Mannschaft satt und trinken zu machen. Dazu silbernes Gerät und Teller und Trinkgeschirz; das letztere diente zum Überströmen von dem Inhalt des goldenen Main- und Steinweins, der aus den Bodsenteln floß.

„Hurra, es lebe das Heilige Römische Reich!“ rief der Knirps, der Krepssacher, aus, nachdem er ein Kristallglas halb geleert. „Das ist Gewächs von der Harse, den' ich, hab's nie besser bekommen; so laß ich mir die Franzosenjagd gefallen!“

„Kannst jetzt nicht mehr, daß man den Kerlen nicht die Haut abschlehen und sie nicht als Hasen schmoren kann?“ sagte der mit dem zerrissenen Aermel, der Schulmeister.

„Rein, so kann's fortgehen, morgen und alle Tage“, versetzte der Knirps, den Rest hinunter schluckend. „Ich denke, wir machen so weiter! Was haben wir auch die Soldaten, die Osterreicher nötig? Wenn jedermann von uns Bauern wäre wie ich und nur drei Gulden sich's lösen ließe für Kraut und Brot, jedermann von den Förstern und Bauern im ganzen Römischen Reich, wir schlugen die Franzosen allein zum Land hinaus und nachher, dann gingen wir über den Rhein und in ihr Land hinein und machten's dort wie sie bei uns. Steinwein wie diesen da haben sie freilich nicht, aber was sie haben, wird auch nicht lust'ig sein, und es lieh' sich probieren!“

„Aemer Troop!“ sagte der Schulmeister. „Meinst du, die großen Herren ließen dich ruhig dein Pulver vertragen und auf deine Faust nach Frankreich marschieren, damit, wenn du heimkämst, du nachher das große Maul führtest? Jetzt, weicht,

haben sie uns losgelassen, weil sie uns brauchen können, wie die Hunde, wenn die Strolche auf den Hof kommen. Später werden sie dich schon wieder an die Kette legen!“

„Ach bah, wenn wir alle zusammenhielten, könnten wir just so gut die großen Herren an die Kette legen!“

„Warum nicht gar“, fuhr der Krippauer dazwischen, „wer sollte sie dann füttern? Die Sorte frist zu viel!“

„Nun, so machen wir's den Franzosen nach, wie sie sich drüben ihre großen Herren vom Halse schaffen; die haben's doch gekonnt!“ antwortete der Krepssacher, sich das Maul mit einem Biß in ein kaltes gebratenes Feldhuhn stopfend.

Wilderich trat in diesem Augenblick in den Kreis und unterbrach diese Reden, die bewiesen, daß der gestrenge Schöpfer nicht so ganz unrecht hatte, wenn er behauptete, das Volk im Lande sei von den Republikanern mit Gedanken angefüllt, die in den Zeiten seiner siegreichen Ausmärsche wider den Reichsfeld noch nicht erfunden waren.

Wilderich war in seiner Wohnung drüben gewesen, für die Unterkunft der Verwundeten zu sorgen, nach Margarete und dem Kinde, die gegen Abend aus einem Flußversteck im Walde zurückgekommen waren, zu sehen, und seine Vorbereitungen für seine Reise zu treffen.

„Wo bleibt Ihr, Kommandant?“ riefen ihm die Bauern entgegen. „Eht und trinkt!“

„Ich habe in meinem Hause gegessen und getrunken“, versetzte er und zog den Krippauer am Wams zur Seite.

„Krippauer“, sagte er dabei, „hört, ich muß euch verlassen.“

„Verlassen — Ihr — uns — jetzt? Zum Teufel, das wäre nicht recht, Kommandant!“

„Und doch muß ich. Ich muß nach Frankfurt. Fragt mich nicht weshalb!“

„Das möcht' ich doch wissen, weshalb?“

„Wohl denn, weil der Erzherzog mit einem Brief dahin gegeben.“

Städtische Lebensmittel-Versorgung.

Morgen Freitag, 10. Juni, nachmittags von 4-6 Uhr letzte Ausgabe von Büchsenfleisch (Corned Beef) auf dem Rathaus Zimmer Nr. 8. Preis wie feither. Ein kleiner Rest kleine Dosen zum Preis von Mk. 5.80 wird solange Vorrat ebenfalls abgegeben. Einwa verbleibender Rest wird anderweitig abgesetzt werden.

Molkerei-Genossenschaft Oberkollwangen Eingetr. G. m. u. H.
Bilanz 1920.

Kassa	H	Kassa	H
Kassenbestand	200.51	Geschäftshaben der Mitglieder	400.-
Wert d. Gerätschaften und Maschinen	1319.69	Reservefonds	232.02
Wert des Mobiliars	100.67	Gewinnreserve	3420.93
Darlehen	2253.86	Sonstiges	20.-
Verbrauchsgegenstände	250.-	Gewinn von heute	51.78
	4124.73		4124.73

Mitgliederzahl 31. Dezember 1920: 40, Eingetretene 0, Ausgeschiedene 0.
Oberkollwangen, den 8. Juni 1921.
Büchle, Rechner. Vorstand: J. Pöcher, Pöcher.

Oberamtsstadt Leonberg.



Stangen-Berkauf.

Am Montag, den 13. Juni 1921, nachmitt. 2 Uhr in der Wirtschaft zum „Kofengarten“ in Leonberg, aus Stadtwald Oberer Wald, Abt. 6 Barwiefenteich:
Baustangen: Klasse Ia 1550 Stück, Klasse Ib 150 Stück, Hagstangen: Klasse I 1220 Stück, Klasse II 100 Stück, Hopfenstangen: Klasse I 350 Stück.
Die Stangen werden am 13. Juni 1921 vorgezeigt. Zusammenkunft vorm. 8 Uhr am Gleisack.
Leonberg, 3. Juni 1921. Stadtpflege: Huber.

Ausschneiden! Brautleute!

Habe im Auftrag
6 neue Büfett (roh)
ausnahmsweise billig zu verkaufen. Auf Wunsch werden die Büfett nach jeder Tonart lackiert. Ferner nehme Bestellungen auf alle Art. Möbel entgegen zu konkurrenzlos billigen Preisen.
Fr. Schorrag, Stammheim bei Calw.
Eine Akkordärther verkauft der Obige.

Gegen hohen Lohn, sowie Zuschuß für Kleider und Sitzele suche ich per sofort oder 1. Juli ein fleißiges, solides
Mädchen
für Küche und Hausarbeiten bei guter Behandlung und Vergütung. Schriftliche Angebote an
Frau A. Gärtner, Karlsruhe i. B., Wendstr. 12.

Gesucht für sofort oder auf 1. Juli tücht., zuverläss.
Mädchen
das gut waschen kann. Hoher Lohn und gute Behandlung.
Hofgut Georgenau, b. Müllingen.

Zur Mithilfe im Haushalt wird ein
junges Mädchen
auf 1. Juli gesucht.
Otto Liechti, Post, Bad Liebenzell.

6 Häfen
samt Jungen, sowie eine zweireihige
Ziehharmonika
verkauft
Kling, im Hau.

Für 18 jähriges, kinderliebendes
Mädchen
aus gutem Hause wird Gelegenheit zur weiteren Ausbildung im Haushalt gesucht. Vorkenntnisse vorhanden. Familienanschluss und Vergütung erwünscht.

Angebote, auch von Erholungsheimen u. Pensionen, unter E. W. 131 an die Geschäftsst. ds. Bl. erbeten.
Ein jüngeres
Lauf- oder Dienstmädchen
findet gute Stelle.

Näheres bei der Geschäftsstelle dieses Blattes.
Mädchengesuch.
Auf einige Zeit wird für einige Stunden des Tags ein
Mädchen od. Frau
zur Aushilfe gesucht.
Zu erfragen untere Marktstraße 77, im Laden.

Junger Mann, 18 Jahre alt, der z. Zt. noch die Handelsschule besucht, sucht per 1. Juli oder später
kaufmänn. Lehrstelle
in Holzhandlung oder Sägewerk. Gefl. Angebote unter R. R. 131 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Die Friedrich Häußler'sche Buchhandlung, Calw

hat in ihren Geschäftsräumen an der Nikolausbrücke eine Ausstellung mit dem Motto

eröffnet, damit die Bücherfreunde wieder mehr von billigen preiswerten Büchern Gebrauch machen können. — Besichtigung jederzeit ohne Kaufzwang gerne gestattet.

„Oberschlesierhilfe“.

In einem Umfange, der die schlimmsten Vermutungen und Ahnungen übersteigt, sind durch Korsant und seine entfesselten Horden zum dritten Mal Not und Elend über das gequälte Oberschlesien heraufbeschworen worden. In ihrem neuen Anglick blicken die dortigen Schweftern und Brüder hilfesuchend und voll Vertrauen auf ihre deutschen Volksgenossen. Sofort ergreifen die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier allerorts die notwendigen Maßnahmen. Silt es doch zu sorgen für die Helbenjöhne Oberschlesiens, die mit ihrem Blut den geliebten Heimatboden verteidigen, und der durch Plünderung und Brandschatzung dem Hungertode preisgegebenen Bevölkerung, um den Verwundeten und Kranken durch Liebeswerke zu helfen. Die V. V. h. D. Zentrale Württemberg wird auf schnellstem Wege die Spenden an die hartbedrängten Oberschlesier weiterleiten. Die Anteilnahme, die die reichsdeutsche Bevölkerung durch ihre Spenden beweist, zeigt den Oberschlesischen Volksgenossen, daß sie doch nicht aller Hilfe bar sind. Möge der Dypferinn auch in unserem Bezirk sich der Treue der Oberschlesier gegen das deutsche Vaterland würdig erweisen und nicht erlahmen.

Doppelt gibt, wer rasch gibt!

Spenden für die „Oberschlesierhilfe“ nehmen in Calw entgegen:
Stadtpflege Calw.
Oberamtsparkasse Calw.
Creditbank für Landwirtschaft und Gewerbe.
Spar- und Sparkassbank.
Württembergische Sparkasse, Agentur Calw.
Heinrich Kühle, Garnhandlung.
Geschäftsstelle des Calwer Tagblattes.



In der Sommerzeit

haben Anzeigen in unserem Blatte besonderen Erfolg, da unsere Zeitung in sämtlichen Bad- und Luftkurorten des Bezirks gelesen wird.

Das billige Buch in einfacher guter Ausstattung

Inf.-Regt. 479.

Alle ehemaligen Angehörigen des Inf.-Regts. 479 des Oberamtsbezirks Calw werden hiermit gebeten sich zu der am
Sonntag, den 19. Juni 1921
im Gasthof zur „Sonne“ in Calw
stattfindenden **Zusammenkunft** einzufinden.
Zweck der Zusammenkunft: Auffrischung alter Kameradschaft, Gründung einer Orts- bezw. Bezirksgruppe, Klärung über die Regimentszusammenkunft in Altm und Verschiedenes.
Vollzähliges Erscheinen erwarten die Einberufenen.

Oberkollbach—Oberlengenhardt. Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am **Sonntag, 11. Juni 1921** stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus z. „Döfen“ in Oberlengenhardt freundlichst einzuladen.

Gottlieb Fuhs,
Sohn des Jakob Kusterer, Oberkollbach.
Karoline Belschler,
Tochter des Friedrich Belschler, Oberlengenhardt.
Kirchgang 12 Uhr in Schömburg.
Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

Calw.
Am Samstag, den 11. ds. Mts. vormittags 10 Uhr verweigere ich vor meiner Kanzlei, Salzgaße 62, gegen bare Bezahlung:

eine Partie Milchkannen, 2 Feldflaschen und einige Glasflaschen.
Gerichtsvollzieher d. Amtsgericht Calw: Döngemach.

Angerssen-Gezlinge
hat abzugeben.
Wilhelm Dingler, Bahnhofstraße.

Besserer, guterhaltener
Kinderportwagen
zu kaufen gesucht.
Angebote unter E. W. 131 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Kunstwaben
sind zu haben
Mäckle, Calw.

Den **Grasertrag**
von stark 1/2 Morgen am oberen grünen Weg verkauft am Samstag Mittag 1/2 2 Uhr am Plage.
Wilhelm Frommer, Metzgergaße Nr. 319.
4 junge

Hafen
steht dem Verkauf aus.
Der Obige.

Schwarzwaldberein Calw.

Samstag, den 11. Juni 1921, abends 8 Uhr im „Badschen Hof“

Familienabend
mit
Lichtbilder-Vortrag
über

„Schwäb. Volksspiele“ und musikal. Darbietungen. Anschließend Tanz-Unterhaltung.
Die verehrl. Mitglieder werden zu zahlreichem Besuch freundlichst eingeladen.
Der Ausschuss.

laGerstenmehl
markenfrei
Pfund Mark 3.20
empfiehlt

Spar- u. Consumverein.
Markenweites in Beträgen zu 100 Mark sind b. 30. Juni abzuliefern D. 2.

Cornedbeef
frisch eingetroffen
Fr. Lamparter.

Nach berichtet das „Calwer Tagblatt“ über alle wissenswerten Vorkommnisse!



Zur Lager
Fortdauer d.
Kattow, 9. Juni. D.
Internationale Kommission
anbauenden Beschäftigung
Insurgenten sofort Einbu
des Jndustriearbeitslozes
meis des Vorsitzenden, K
ber amesende Oberst S
vorstellig zu werden, ba
Insurgenten entschließen
Kreisinspektur Major
der Kommandeur der ite
genten durch Parlament
weiterhin von polnische
Artillerie die polnische
und anderen Orten vor
Insurgenten gaben dara
Artillerie zu beschließen.
Kattow, 9. Juni. C
hört zu den schwersten, di
erlebt hat. Nach der Mi
dem Belagerungsbiertel
schlingengewehren abgese
die Holten-Strasse und d
Der Sachschaden ist betr
kew'e oder morgen in K
Faher, Uffst und Stauer
Berlin, 9. Juni.
nie die Blätter aus Dp
nische Insurgenten drang
zugangs in einigen Straf
gen. Eine aus Bürgern
schuttpompagne drängte
zurück. Die französische
Nachdem die Insurgenten
beschließen, haben sie am
Nationalrat befindet sich in
fungen der Stadt stattge
zige beteiligten. Nach d
gegen Königshütte von S
den Städte von den Pol
Aus dem
Oppeln, 9. Juni. W
h von den polnischen In
Stonokau, Coselitz, Sch
wie sind frei von Infr
nische Angriffe gestern
dauern. Amalienhof, P
Artillerie beschossen. Fr
nische Artillerie beschosse
Wanzezug konnte aufhe
Berlin, 10. Juni.
von den Polen befrei
stimmtheit der polnisc
beißt es: Unter den
Leute aus Kosenberg-
Gremde. Außerordentl
Verbrecher. Nach und
sah der in Haller-Un
stößer. Am 2. Mai w
ter-Uniform zu sehen.
der eine besonders wich
mit Justizhaus bestrafte
Die Durchfüh
London, 10. Juni.
föhr, ist der Vorschlag
zwischen Polen und D
führbar abgegeben
rad Stuaris bis jetzt
Niederzeugung doch in
in der vollständigen W
allierten Kommission b
Unvermögen gewisser
pöheitert, die zu ihrer
Insurgenten zu gebrau
lich gemacht hätten. S
Nischen Regierung sei, S